WLZ

Wiesbadener Lehrerinnen- und Lehrerzeitung - EXTRA / Januar 2016 - 33. Jahrgang

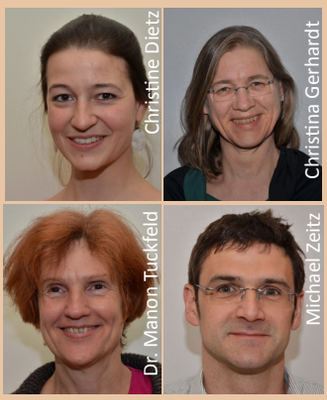
GEW

2016

JAMES ENSOR MASKEN

WIE IRRE WIRD DAS DENN?

Neuer Kreisvorstand der GEW-Wiesbaden gewählt!



Auf einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 3.12.2015 in der Kerschensteinerschule hat die Wiesbadener GEW zahlreiche Mitglieder für ihre sehr oft schon langjährige Mitgliedschaft geehrt. Nach einem **Poetry-Slam mit Benedikt Hegemann und Ole Bechtold** billigte die Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit eine Zusammenlegung der beiden GEW-Kreisverbände Rheingau und Wiesbaden. Diesem Schritt muss auch die Mitgliederversammlung der GEW-Rheingau noch zustimmen. Kommt es zu der Zusammenlegung, dann wurde am 3. Dezember 2015 zum letzten Mal ein GEW-Kreisvorstand für Wiesbaden gewählt; eine gemeinsame Mitgliederversammlung der beiden vereinigten Kreisverbände würde weitere Entscheidungen zu treffen haben.

In den Kreisvorstand des KV Wiesbadens wurden Christine Dietz, Christina Gerhardt, Manon Tuckfeld und Michael Zeitz als Vorsitzendenteam gewählt. Weitere Mitglieder sind Annette Franz, Matthias Bender, Sigrid Rohleder, René Scheppler, Caro Hegner, Hasan Bilge, Uta Knigge, Uli Horbrügger, Katja Plazikowsky, Arnold Spellerberg, Claudia Schneider, Jürgen Jäger, Doro Stöver, Hajo Barth, Stefan Reitz und Marion Beste. Als Kreisrechner wurde Matthias Bender in seinem Amt bestätigt; 1. Stellvertreter ist René Scheppler, 2. Stellvertreterin Uta Knigge.

Auch die Kandidatinnen und Kandidaten für den Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer wurden gewählt. Annette Franz und Michael Zeitz führen die Liste der Beamten und Beamtinnen an, Claudia Schneider und Hasan Bilge die Liste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Als Delegierte für die Bezirksdelegiertenversammlung am 16.2.2016 wurden gewählt: Uli Horbrügger, Sigrid Rohleder, Christine Dietz, Matthias Bender, Uta Knigge, Katja Plazikowsky, Caro Hegner, Michael Zeitz, René Scheppler, Manon Tuckfeld, Annette Franz, Claudia Schneider, Doro Stöver und Hasan Bilge.

Christina Gerhardt

Brisant:

Deutscher Lehrerverband Hessen hat keine Ahnung von Beamtenrecht und Streik

Mitten im Dezember, sozusagen um Längen zu spät, dafür als eine Art Weihnachtsgeschenk und ähnlich vernichtend, hat der Deutsche Lehrerverband Hessen (dlh), eine Teilorganisation des Deutschen Beamtenbundes, die hessische GEW für ihren eintägigen Warnstreik im Juni „kritisiert“.

Einer Meldung der „Frankfurter Rundschau“ vom 14.12.2015 entnehmen wir die Auffassungen des dlh: „***Eltern, die auf die Verlässlichkeit der Schule angewiesen seien, sei es nicht zu vermitteln, dass Lehrkräfte während der Unterrichtszeit demonstrierten, … Zum Teil hätten dlh-Mitglieder streikende Lehrkräfte im Unterricht vertreten müssen, ohne dafür eine zusätzliche Vergütung zu erhalten.***“

Zum einen. Ein Streik ist nur dann sinnvoll, wenn er Wirkung entfaltet, also tatsächlich die Schule schon mal einen Tag ausfällt. Hätten wir am 16. Juni nicht mit 5.000 Beamtinnen und Beamten dagestanden, sondern mit 15.000 Streikenden, würde die hessische Landesregierung jetzt anders mit uns reden. Bei erfolgreichem Streik bekämen wir sicherlich auch etwas mehr „Vergütung“ als momentan von der Regierung diktiert und hingen nicht davon ab, dass diese Regierung auch noch Streikbrecherarbeiten „vergütet“. Lohnfragen, verehrter dlh, sind Machtfragen. Nach eurer Logik dürften noch nicht einmal Erzieherinnen und Erzieher streiken, weil das die „Verlässlichkeit der Einrichtung“ gefährdete.

Weiter erfahren wir: „***Im Gegensatz zur GEW bekenne sich der Lehrerverband zum Streikverbot für beamtete Lehrkräfte. Als Beamte seien Lehrkräfte durch verschiedene Privilegien geschützt. Im Gegenzug dürfe der Dienstherr eine besondere Loyalität bei der Dienstausübung verlangen.***“

Zum anderen. Davon abgesehen, dass sich die populistische Kritik an den „Beamtenprivilegien“ hier wirkungsvoll bestätigt sieht, kann man nur sagen: Ja, wenn es denn noch einen „Dienstherrn“ gäbe! Es gibt aber nur die real und brutal zuschlagende hessische Landesregierung, die uns in der Tat „verschiedene Privilegien“ verschafft: eine Nullrunde 2015, eine zwangsweise Deckelung bei der Besoldung für die nächsten beiden Jahre, eine weitere Einkommenskürzung durch neue Beihilferegelungen und die Verweigerung einer Arbeitszeitverkürzung, die uns seit wie vielen Jahren zusteht. Das ist kein „Dienstherr“, sondern ein ganz normaler Arbeitgeber, der in bundesweit einmaliger Weise seine (beamteten) Beschäftigten angreift und der keine „besondere Loyalität“ mehr erwarten kann, sondern nur Widerstand mit Hilfe der gewerkschaftlichen Mittel. Im Übrigen ersehen wir das in der Tendenz sogar aus der oft und gerne zitierten Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.2.2014. Um es mit Marx zu sagen: „Ja, wenn die Leute nur lesen könnten!“

Arnold Spellerberg

GEW-Wiesbaden-Rheingau-Untertaunus

Kandidatinnen und Kandidaten für den Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (GPRLL)

Beamtinnen

1 **Annette Franz**
(Grundschule)
KV Wiesbaden

2 **Victoria Gulitz**
(Gymnasium)
KV Rheingau

3 **Gabriele Körber**
(H/R)
KV Untertaunus

4 **Christina Gerhardt**
(Förderschule)
KV Wiesbaden

5 **Christine Dietz**
(Grundschule)
KV Wiesbaden

6 **Manon Tuckfeld**
(Gymnasium)
KV Wiesbaden

7 **Uta Knigge**
(Berufsb.Schulen)
KV Wiesbaden

8 **Sigrid Rohleder**
(Förderschule)
KV Wiesbaden

9 **Anne-Kathrin Goerlich**
(Förderschule)
KV Wiesbaden

10 **Svenja Struck**
(Gymnasium)
KV Wiesbaden

11 **Regina Eckardt**
(Gesamtschule)
KV Untertaunus

12 **Anke Zitzow**
(Grundschule)
KV Wiesbaden

13 **Jeanette Seib**
(Förderschule)
KV Wiesbaden

14 **Sabine Sachs**
(H/R)
KV Untertaunus

Beamte

1 **Michael Zeitz**
(Gymnasium)
KV Wiesbaden

2 **Thomas Nink**
(H/R)
KV Untertaunus

3 **Matthias Bender**
(Berufsb. Schulen)
KV Wiesbaden

4 **Arnold Spellerberg**
(Gymnasium)
KV Wiesbaden

5 **Stefan Reitz**
(Grundschule)
KV Wiesbaden

6 **Hans-Jürgen Molsberger**
(Gymnasium)
KV Rheingau

7 **Thomas Nägler**
(Berufsb. Schulen)
KV Wiesbaden

8 **Peter Rydzy**
(Grundschule)
KV Wiesbaden

9 **Florian Pielert**
(Gymnasium)
KV Wiesbaden

Arbeitnehmerinnen

1 **Claudia Schneider**
(Förderschule)
KV Wiesbaden

2 **Carolin Hegner**
(Berufsb. Schulen)
KV Wiesbaden

3 **Denise Cagici**
(Berufsb. Schulen)
KV Wiesbaden

4 **Christel Weiß**
(Förderschule)
KV Wiesbaden

Arbeitnehmer

1 **Hasan Bilge**
(Herkunftsprachl. Unterricht)
KV Wiesbaden

2 **René Scheppler**
(IGS)
KV Wiesbaden

3 **Christoph Hahn**
(Berufsb. Schulen)
KV Wiesbaden

Geld, Geld, Geld - oder das Spiel mit der Zahl

Beginnen wir mit einer Binsenweisheit, die da heißt: Geld kann man nur einmal ausgeben. Fahren wir fort mit einem Projekt, über dessen Sinnhaftigkeit wahrlich nachgedacht werden kann, um dann zu den drängenden Fragen und zu unseren Wünschen für das Jahr 2016 zu kommen.

Unter dem Etikett des „Einbaus von Kommunikationsanlagen“ läuft, initiiert durch die Stadt Wiesbaden, ein groß angelegtes Projekt. In ca. 80 Schulen im Schulamtsbezirk soll ein Krisen-Kommunikationsnetz installiert werden. Die Anlage soll eine technikgestützte gezielte Ansprache in die jeweiligen Klassenräume hinein ermöglichen. Damit soll sichergestellt werden, dass im Fall eines Amoklaufs die Kolleg_innen an den Schulen sachgerecht reagieren. Dafür nimmt die Stadt Wiesbaden projektierte 15 Millionen Euro in die Hand.

Damit das Geld auch möglichst schnell verausgabt werden kann, wird das notwendige Mitbestimmungsverfahren (schließlich ist es ja technisch möglich, in Klassenräume hineinzuhören; diese abzuhören) nicht angestrengt. Selbst den Informationspflichten gegenüber den betroffenen Personalräten wird nur völlig unzureichend nachgekommen. Immerhin wird aber recht flott eingebaut. Wenn dann verkabelt ist, die Kommunikationsanlagen hängen, kann das System allerdings nicht angeschaltet werden, da ja zuvor die Mitbestimmungsverfahren umgangen worden sind. Und so hängt und hängt das gute Geld, gut verbaut, aber außer Betrieb. Somit ist der Nutzen im Moment gleich Null. Aber auch der grundsätzliche Nutzen ist sehr fragwürdig. Schauen wir doch zuallererst auf die Ursachen und suchen unser Heil nicht in technischen Lösungen, die nur noch versprechen, den Schaden zu minimieren.

So können wir für 2015 nur wieder feststellen: immer die falschen Prioritäten. Denn da sind ja noch die anderen Probleme in den Schulen. Diese sind – was für viele Schüler, Eltern und Lehrer im wahren Sinne des Wortes offensichtlich ist – zum Teil in einem katastrophalen Zustand: hohe Lärmbelastung und erhöhte Erkrankungsgefahr durch einfach verglaste Fenster und fehlende Schalldämmung, zu kleine Sporthallen, veraltete Wasserrohrsysteme, Befall mit Salpeter und Wasserflecken an Decken und Wänden, Hygieneprobleme durch überlastetes Putzpersonal, Toiletten zum Fürchten, fehlende Aufenthaltsräume, zu kleine Lehrerzimmer, Schadstoffbelastung und vieles mehr. So ist es zu lesen in den massenhaft formulierten Überlastungsanzeigen der Kolleg_innen aus Schulen des Schulamtsbezirkes. Die kommunalpolitische Antwort: Schulsanierung im Pausenmodus. Also: Stillstand. Stillstand in der Reaktion auf die baulichen Belastungen, Stillstand in Sachen Bauen überhaupt: Namen wie Hebbelschule, Johannes-Maaß-Schule, Adalbert-Stifter-Schule stehen dafür. Die sogenannte Schul-Prioritätenliste, auf der die dringlichsten Sanierungen und Erweiterungen von Schulbauten vermerkt sind, führt daher ein bescheidenes Dasein. Hinter der Liste verbirgt sich die Zahl 400 Millionen €. Dieser Bedarf ergibt sich aus der stadteigenen Liste.

Obwohl das Wasser also bis zum Hals steht, können im Haushalt nur 30 Millionen € Mittel für Instandhaltung und Sanierung eingestellt werden - und das bei einem aktuell angemeldeten Bedarf von ca. 120 Millionen €. Unser Vorschlag: Setzen Sie endlich die richtigen Prioritäten:

Alle Ausgaben sind auf die Frage hin zu prüfen, ob sie notwendig sind. Zum Bespiel könnte ein preiswertes Handysystem eine sinnvolle Alternative zum teuren Amoksystem sein. Auch für Prestigeprojekte gibt es eben kein bis wenig Geld, wenn Mittel so knapp sind.

Schäden an Schulen sind so rechtzeitig zu beheben, dass Folgeschäden vermieden werden und Kosten für die Überbrückung, wie z. B. teure Containerlösungen, nicht anfallen.

Notwendige und sinnvolle Investitionen sind umgehend umzusetzen.

Die Einnahmesituation der Kommune ist zu verbessern.

Politisch ist die Schuldenbremse in Frage zu stellen. Dass hier Schulden - angeblich im Sinne künftiger Generationen - nicht gemacht werden, bedeutet das Verrottenlassen der (nicht nur) schulischen Infrastruktur und damit unzureichende Bildung. Da kann sich die derart „beglückte“ nächste Generation aber bedanken!

Also: Bildung ist so ernst zu nehmen, dass dafür Geld in die Hand genommen werden muss!

Dr. Manon Tuckfeld

IMPRESSUM:

Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung. **Herausgeber** ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden; Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden,
Tel: 0611/406670, EMail: info@gew-wiesbaden.de; www.gew-wiesbaden.de; **Redaktion**: Arnold Spellerberg, Thomas Eilers, **Fotos**: Heinrich Schuld; **Druck**: wfb Wiesbaden-Rheingau-Taunus, Werkstätten für behinderte Menschen, Tel. 0611/1749-312; **Auflage**: 1800. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion oder des Kreisvorstandes Wiesbaden der GEW wieder.